

## Presseerklärung

Marburg, 12. September 2017

Verbandstag des VdW südwest im Wahljahr 2017:

### **Hessische Wohnungswirtschaft fordert von Politik Vorfahrt für den Wohnungsbau**

- **Rückgang der Baugenehmigungen „fatales Signal“**
- **Eigenes Bauministerium in Hessen geboten**
- **VdW südwest fordert nationalen Masterplan „Wohnen für alle“**

**Der Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft e.V. (VdW südwest) appellierte im Rahmen seines Verbandstages in Marburg an die Politik, sich noch klarer zur Schaffung neuer Wohnungen zu bekennen und wirksame Schritte zu ergreifen, um dieses Ziel gemeinsam mit den Unternehmen zu erreichen. Hessenweit müssten bis 2020 jährlich 37.000 neue Wohnungen gebaut werden. 2016 entstanden nur rund 20.000 Wohnungen. Für 2017 sei absehbar, dass das von der Landesregierung formulierte Ziel ebenfalls nicht erreicht werde.**

„Während in den hessischen Ballungsräumen wie dem Rhein-Main-Gebiet und den Universitätsstädten Gießen und Marburg Wohnungen heiß begehrt sind, sank die Zahl der Baugenehmigungen im 2. Quartal 2017 in Hessen um 12,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum“, erklärte Dr. Axel Tausendpfund, Verbandsdirektor des VdW südwest. Wurden von April bis Juni 2016 noch 7.900 Wohnungen genehmigt, sank die Zahl 2017 auf nur noch 6.906 genehmigte Wohnungen. „Der Boom beim Wohnungsbau ist zu Ende, bevor er richtig begonnen hat.“ Das sei ein „fatales Signal“, so Tausendpfund vor den rund 400 Teilnehmern des Verbandstages. Hessen liege dabei deutlich über dem bundesweiten Rückgang von 5,5 Prozent.

„Unsere Mitgliedsunternehmen wollen neuen und preiswerten Wohnraum schaffen, sehen sich dazu aber oft nicht in der Lage. Steigende Baukosten und der Mangel an verfügbaren Grundstücken erschweren die Bemühungen der Wohnungswirtschaft. Hier sind wir auf eine stärkere Unterstützung von Seiten der Politik angewiesen“, so Tausendpfund. Von den Kommunen, vor allem den Umlandgemeinden der Ballungszentren, wünsche er sich ein aktiveres Handeln bei der Ausweisung von Bauland. Der neue Frankfurter Stadtteil, der an der A 5 geplant ist, sei ein gutes Beispiel und ein wichtiges Signal. Dennoch rege sich bereits Protest bei Nachbargemeinden und Bürgern. „Hier ist ein Umdenken nötig. Wir können uns in der Gesellschaft nicht über steigende Miet- und Kaufpreise beschweren und auf der anderen Seite bei notwendigen Bauprojekten ein Veto einlegen.“ Das St. Florians-Prinzip: Mehr Wohnungen ja, aber nicht vor meiner Haustür, funktioniere nicht. Die Schaffung neuer Wohnungen bezeich-

1/2

nete Tausendpfund als „gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von allen mitgetragen werden muss.“

Um die aktuellen Herausforderungen der Wohnungspolitik stärker ins Bewusstsein zu rücken und zugleich konkrete Ziele zu benennen, fordere der VdW südwest einen nationalen Masterplan „Wohnen für alle“, der sämtliche politischen Ebenen umfasst. Zugleich müsse das Thema auch in der Verwaltung mit der gebotenen Aufmerksamkeit verfolgt werden. Bezahlbares Wohnen sei für unsere Gesellschaft und ihren Zusammenhalt von grundlegender Bedeutung. Um dieser gerecht zu werden, sei die Schaffung eines eigenständigen Bauministeriums in Hessen geboten. Dieses müsse dem Wohnungsbau Vorfahrt einräumen, so der Verbandsdirektor.

„Die Wohnungswirtschaft in Hessen leistet ihren Beitrag“, erklärte Tausendpfund abschließend. „Jahr für Jahr errichten unsere Mitgliedsunternehmen neue bezahlbare Wohnungen. Sie investieren in die Bestände, kümmern sich um die Sorgen und Wünsche der Mieterinnen und Mieter und stellen sich den Herausforderungen von Klimaschutz, demographischem Wandel und nicht zuletzt der Integration von Flüchtlingen. Damit wir unseren vielfältigen Aufgaben auch weiterhin nachkommen können, muss die Wohnungswirtschaft handlungsfähig sein. Dafür wünschen wir uns eine noch stärkere Unterstützung der Politik.“

---

**Der VdW südwest** vertritt die Interessen von rund 200 privaten und öffentlichen Unternehmen der Wohnungswirtschaft in Hessen und dem südlichen Rheinland-Pfalz mit einem Wohnungsbestand von rund 400.000 Wohnungen. Als selbstständiger Regionalverband mit Sitz in Frankfurt am Main gehört der VdW südwest dem GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., Berlin, an, der insgesamt 3.000 Unternehmen mit Wohnungen für 13 Millionen Menschen in Deutschland vertritt. [www.vdwsuedwest.de](http://www.vdwsuedwest.de)

---

**Pressekontakt:** Christopher Martin, FuP Kommunikations-Management GmbH, Tel.: 069 / 95 43 16 0, Mobil: 0170 / 935 96 11, E-Mail: [christopher.martin@fup-kommunikation.de](mailto:christopher.martin@fup-kommunikation.de)

---